

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Zerstreuung monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingenstraße 21, II. Telefon 2465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingenstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 216.

Dresden, Donnerstag den 17. September 1908.

19. Jahrg.

Die Auseinandersetzung über die Budgetfrage.

Nürnberg, 16. September.

Der heutige Tag der Parteitagsberatung gehörte der heiß umstrittenen Budgetfrage und jedenfalls wird auch die ganze Sitzung am Donnerstag dieser Angelegenheit gewidmet sein; auf den geplanten Nachmittagsausflug wurde bereits verzichtet, um keine Zeit zu verlieren.

Die Debatte, wie sie sich heute entrollte, wird zu den bemerkenswertesten zählen, die unsere Parteitage aufzuweisen haben. Man darf sagen, daß sie sich durchweg auf geistiger Höhe ereignet und daß sie die Meinungsverschiedenheiten, die es auszufechten gibt, in sehr sachlicher Art zum Ausdruck brachte bei aller Leidenschaftlichkeit, von der sie erfüllt war. Wohl schlugen die Mitglieder hart aufeinander, wohl erfolgten hitzige Angriffe und scharfe Anklagen, doch mit freundlicher Bewunderung darf festgestellt werden, daß das glühende Interesse für die Sache selbst, für das Wohl der Partei und der Arbeiterklasse in allen Reden lebendig pulsierte.

Genosse **Wedel** gab das einleitende Referat. Obwohl sein Gesundheitszustand ihm Schonung auferlegen sollte, ließ er es sich nicht nehmen, in dieser Angelegenheit, die zu so großer Bedeutung für die Partei angewachsen ist, den Reigen zu führen. Freilich, er, der sonst in seinen Referaten weit auszuholen und umfassend auszugreifen pflegte, so daß zwei- und mehrstündige Reden üblich waren, er begnügte sich in knapp einständiger Rede, den Tatbestand des Streitfalles vorzuführen und seine Meinung zu bekunden. Reichs Anführungen waren bei aller Bestimmtheit in der Sache von äußerst milder, geradezu veröhnlicher Form. Er führte aus, daß die Gründe, die von den Landtagsfraktionen für ihre Zustimmung zum Budget ihrer Staaten angeführt seien, nicht unter die Ausnahmen fallen können, die der Parteitag in Lübeck vorgesehen habe. Die Zustimmung zum Budget sei ein Vertrauensvotum für die Regierung, wir aber als prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung keinen unserer Regierung ein solches Votum ausstellen. Die Regierungen in den Einzelstaaten seien mitschuldig an den Sünden der Reichspolitik. Es sei anzuerkennen, daß in Süddeutschland einige Fortschritte erreicht seien, aber daß sei auch den dortigen besonderen Parteikonstellationen zu danken, und für die Sozialdemokratie könnten nicht keine Reformen maßgebend sein, sondern das sozialistische Ziel. Wenn wir in dieser Weise das heutige System unterstützen, so seien wir keine Sozialdemokraten, sondern eine sozialreformistische Arbeiterpartei. Wedel wies weiter darauf hin, wieviel Reaktionsäres doch auch in den süddeutschen Staaten gesehen sei, und wandte sich gegen die Behauptung, als ob die Ablehnung des Budgets und in der Agitation Hindernisse bereiten könne. Man solle doch den Vorurteilen der Masse nicht so sehr Rechnung tragen, man solle diese Vorurteile bekämpfen, wie wir es bisher mit größtem Erfolge getan haben. Die Budgetfrage sei eigentlich eine heraldisch unbedeutende Frage, da könnten die Süddeutschen doch die Leute leicht von der Richtigkeit der Ablehnung überzeugen. Die Resolution des Parteivorstandes solle Abhilfe schaffen, daß ähnliche Fälle sich nicht wiederholen, und er rief um ihre Annahme.

In einem Vertreter der drei süddeutschen Landtagsfraktionen war unbestimmte Redezeit zugelassen worden und je einem Vertreter der Minorität in diesen Fraktionen eine Redezeit von 20 Minuten. Für Bayern nahm Genosse **Timm**, einst ein „radikaler Berliner“, jetzt Landtagsabgeordneter in München, das Wort. Timm sprach fünf Stunden. Aus seiner Rede langten wertvolle kritische Überzeugungen, wie auch die Gegner seines Standpunktes nicht verlernen. Seine Rede war an vielen Stellen von heiligem Widerspruch, aber auch von großem Selbstgefühl der Süddeutschen begleitet. Es ist ausgeschlossen, an dieser Stelle die mannigfachen Einzelheiten auch nur zu skizzieren, durch die der Redner das Verhalten der bayerischen Fraktion zu rechtfertigen unterzucht; das mögen die Leser im ausführlichen Bericht selbst nachlesen. Er sprach gegen die übermäßige Verwendung unserer Kraft auf solche Streitfragen; er wendete sich gegen die Aufstellung der Landtagsfraktionen, wie sie in Leipzig und Berlin betrieben sei; er erklärte, die Zustimmung zum Budget sei in Übereinstimmung mit der Lübecker Resolution geschehen; er schilberte ausführlich die gesamten Verhältnisse der bayerischen Politik und die Erfolge, die unsere Fraktion durch ihr Drängen gegen die Regierung für die Arbeiterklasse und für die im Staatsdienst arbeitenden Leute erreicht hat. Er betonte die praktische Arbeit der Partei in der Gegenwart: durch eine einschneidende Sozialreform müssen wir zu unserem Ziele kommen. Er forderte, daß die Abgeordneten der Bewegungsfreiheit nicht beraubt werden dürfen, wie es die Vorstandesresolution fordere. Diese Resolution sei unannehmbar; dagegen werden wir uns aufs äußerste wehren. Man möge eine legale Verständigung suchen, aber nicht Herrscher und Beherrschte machen. Vertrauen sei besser als alle Resolutionen.

Am Nachmittag legten die Genossen **Frank-Rammsheim** und **Gildenbrand** Stuttgart den Standpunkt der Wobener und Würtemberger dar. Auch ihre Reden wurden mit großem Interesse und großer Spannung bedacht. Frank, um nur dies eine Moment zu erwähnen, erklärte, daß die Aufstellung einer Zwangsbestimmung die ganze parlamentarische Stellung der süddeutschen Fraktionen untergraben würde, und daß doch nicht das nördliche Deutschland, wo so gut wie keine Landtagsvertretungen vorhanden sind und nicht die erforderlichen Erfahrungen gesammelt sind, das süddeutsche Deutschland überwinden möge. Gildenbrand

meinte, durch die Vorstandesresolution werde den süddeutschen Abgeordneten das Stigma des Mißtrauens aufgedrückt, da könnten sie nicht weiter getätigt arbeiten.

Nun kam die Minderheit der süddeutschen Fraktionen zu Wort. Genosse **Simon** erkannte an, daß seine Kollegen in guter Ueberzeugung gehandelt hätten, aber ihre Auffassung sei eine irrthümliche. Hätten seine Kollegen gegen das Budget gestimmt, so wäre dies in der Bevölkerung nicht auf Widerstand gestoßen. Das Verhalten des bayerischen Kultusministers allein hätte Grund genug zur Ablehnung gegeben. Man solle nicht von Zwang reden, schon oft habe sich eine Minderheit der Mehrheit gefügt. Er wünsche dringend, daß noch im Verlaufe der Debatte ein Weg der Verständigung gefunden werde. Für die bayerische Minderheit sprach Genosse **Sichorn**; die Vorstandesresolution sei das mindeste, was beschlossen werden müsse, sie spreche keinen Tadel aus, bringe nur Klarheit.

Für den morgigen Tag sind nicht weniger als 92 Redner eingetragen. Natürlich kann diese Rednerliste nicht erschöpft werden. Es wird abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen den süddeutschen Standpunkt zu Worte kommen. Es sind zwei neue Resolutionen eingebracht: die eine, von Schöpflin eingebracht, will den Schluß der Lübecker Resolution, der die Ausnahmefälle enthält, streichen, und eine Resolution **Prohm**, die als Vermittlungsresolution anzusehen ist und vor der etwaigen ausnahmsweisen Zustimmung zum Budget die Verständigung der betreffenden Fraktion mit dem Landesvorstand und dem Parteivorstand beauftragt.

Der Sieg von Ludwigshafen.

Der glänzende Sieg, den die bayerischen Genossen am letzten Dienstag bei der Reichstagswahl in Ludwigshafen errungen haben, war nicht nur eine wichtige Zerstreuung für unsere unerschlichenen Franz Josephs, sondern auch eine rechtzeitige Erinnerung an die gesamte Partei, und so ist es auch von den Delegierten und Führern des Süddeutschen Parteitag aufgenommen worden, die die frohe Nachricht mit einem Beifallsturm begrüßten. Die erste Mitteilung des Vorsitzenden Genossen **Singer**, daß das Mandat von Ludwigshafen wieder gewonnen sei, geröchte Genugthuung, ohne zu überfordern. Die im weiteren Verlauf der Verhandlungen eintreffende Nachricht von dem sprunghaften Steigen der Stimmenzahl — von 18 630 auf 21 826, also 3000 Stimmen mehr als vor anderthalb Jahren — steigerte das Gefühl der sicheren Genugthuung zu stolzer Freude. Der Fortschritt, den die Partei bei dieser Wahl erzielte, ist so außerordentlich, daß man recht weit in der Geschichte der Reichstagswahlen zurückblättern muß, um seinesgleichen zu finden. Eine Reihe ähnlich günstiger, wenn auch zum Teil noch nicht so günstiger Reichstagswahlen ging dem 16. Juni 1903 voraus, der bisher der stolze Siegestag in der Geschichte der parlamentarisch kämpfenden Sozialdemokratie war, der aber von späteren Nachfolgern weitläufig übertraffen werden wird, sofern auch die Wahl von Ludwigshafen als günstiges Symptom der allgemeinen politischen Stimmung nützlich und schließlich das Mainz aufgefaßt werden kann.

Die liberale Presse hat denn auch die symptomatische Bedeutung des Sieges von Ludwigshafen sofort richtig erkannt und sie sucht ihn zu verkleinern, indem sie frei aus dem Handgelenk behauptet, die 3300 neuen Wähler der Sozialdemokratie seien einfach Zentrumswähler, „denn sonst gäbe es für die Junosche der sozialdemokratischen Stimmen keine Erklärung“. Diese Erklärung scheint uns um so weniger stichhaltig zu sein, als die Niederlage des Nationalliberalen — der 2000 Stimmen verlor — von vornherein feststand. Aber wenn sich auch die gewählten Kommentatoren der liberalen Presse als nicht stichhaltig erweisen, so gibt es doch für den glänzenden Sieg in der Pfalz eine Erklärung: Abkühlung der Wähler vor der konservativ-liberalen Doppelpolitik, Enttäderung vom vorjährigen Festschlagwählerwahl, ausfallende Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht zuletzt die Arbeit der Genossen haben zusammengewirkt, um den 16. September zu einem Siegestag zu gestalten und ein erfreuliches Beispiel dafür zu geben, was doch immer für uns die aller andere weit überragende Hauptsache bleibt, gemeinsamer, unermüdlicher, siegreicher Kampf gegen den gemeinsamen Feind!

Der englische Gewerkschaftskongreß.

J. s. London, 14. September.

Der Trade-Union-Kongreß, der während der ganzen verflochtenen Woche in der Industriestadt des Midlands, Nottingham, lagte, ist aus verschiedenen Gesichtspunkten bedeutungsvoll. Seit dem Auskommen und Erstarken der englischen Arbeiterpartei hat man dem Gewerkschaftskongreß vielfach eine schlimme Zukunft prophezeit: er würde nun noch und nach an Bedeutung und Mitgliederzahl verlieren, und schließlich ganz verschwinden. Und in der Tat müßte den Gewerkschaftskongreß logischerweise früher oder später ein solches Schicksal ereilen. Der Gewerkschaftskongreß hat annähernd genau dieselben Mitglieder wie die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei; die Ziele, die sich die beiden Körperschaften setzen, sind genau die gleichen; sie wollen die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft beeinflussen. Der einzige Unterschied ist nur der, daß der Gewerkschaftskongreß dem parlamentarischen

Komitee des Kongresses Direktiven gibt, während die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei die Politik der Parteileitung und der parlamentarischen Fraktion bestimmen will. Aber auch dieser Unterschied ist in der Hauptsache nur ein nomineller, denn die Mitglieder der genannten drei Einrichtungen sind vielfach ein und dieselben Personen. Der Gewerkschaftskongreß gibt sich auch nicht mit der finanziellen und technischen Seite des Gewerkschaftslebens ab, sondern diese ist einer dritten Organisation, die wiederum annähernd dieselben Mitglieder hat, nämlich dem Verband der Gewerkschaften, überlassen. Und so ist denn der Gewerkschaftskongreß in Wirklichkeit überflüssig geworden, weil seine Funktionen den beiden anderen großen Organisationen übertragen worden sind. Die einzigen besonderen Aufgaben, die dem Gewerkschaftskongreß heute noch zufallen, sind die Formulierung der besonderen gefegeberischen Forderungen einzelner Gewerkschaften sowie die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerkschaften.

Aber der Gewerkschaftskongreß zeigt sich wenig geneigt, sich seinem Schicksale zu ergeben. Der eben abgelaufene Kongreß trug sicherlich keine Anzeichen des Niederganges an sich. Die Zahl der auf ihm vertretenen organisierten Arbeiter war größer als je zuvor. Die Tagesordnung war ungemein reichhaltig und enthielt einige der wichtigsten Fragen, die das öffentliche Leben Englands gegenwärtig beschäftigen. Und das dem Kongreß von Seiten der bürgerlichen Presse und der Öffentlichkeit im allgemeinen entgegengebrachte Interesse ist ebenfalls ein sehr großes gewesen und kaum geringer, als es in früheren Jahren der Fall zu sein pflegte, wo der Gewerkschaftskongreß das einzige Organ war, durch das die Wünsche und Forderungen der englischen Arbeiterklasse Ausdruck erhielten. Für den Beobachter der Entwicklung der englischen Arbeiterpolitik ist der Gewerkschaftskongreß auch deshalb von großem Interesse, weil er uns die englischen Gewerkschaftler gleichsam auf sich allein angewiesen zeigt, ohne den Einfluß jener sozialistischen Organisationen, die sonst die politische Stellung der Arbeiterorganisationen vornehmlich bestimmen. Um nur einige Namen zu nennen, haben die Genossen **McHardie**, **Macdonald** und **Snowden**, also gerade jene Führer der T. U. P., die im Räte der Arbeiterpartei und ihrer parlamentarischen Fraktion gewöhnlich den Ton angeben, auf dem Gewerkschaftskongreß keinen Platz.

Die politisch wichtigste Erklärung des Gewerkschaftskongresses ist in der Regel die Eröffnungsrede des Vorsitzenden, und diese wird auch von der gesamten bürgerlichen Presse stets sehr ausführlich wiedergegeben. In diesem Jahre fiel dieses wichtige Amt dem Vertreter der Beberiarbeiter **Shadleton** zu. Dieser ist der Typus des alten Gewerkschaftsführers, der, in der Sturm- und Drangperiode des englischen Trade-Unionismus aufgewachsen, sein Leben hergezogen hat, um diesen groß zu machen. Er ist kein Sozialist, sondern noch in liberalen und radikalen Anschauungen befangen, aber er bringt den jungen Kameraden, die ein neues Evangelium verkünden, einen offenen Sinn und ein treues Kämpferherz entgegen. Zu seiner Eröffnungsrede berührte er eine Anzahl der wichtigsten aktuellen Fragen, das Arbeiterpensionsgesetz, die Schanzvorlage, aber den größten Platz nahmen seine Ausführungen über die Arbeitslosenfrage und über die internationalen Beziehungen ein. Die Frage der Arbeitslosigkeit wird in England täglich brennender. Shadleton schilderte den traurigen Zustand fast aller Arbeitszweige und Industriedistrikte, der ein energisches Eingreifen von Seiten der Regierung beschleunigt erheischt. Von den erforderlichen Maßnahmen gegen diese Not zählte er alles auf, was er von seinem Standpunkte als Nicht-Sozialist aus tun konnte und was sich augenblicklich überhaupt Kraftfisches tun läßt. Er forderte die Einschränkung der täglichen Arbeitszeit und die Abschaffung des systematischen Ueberstundenwesens. Er kündigte einen neuen Kampf im Interesse der von der Regierung und dem Unterhause abgelehnten Arbeitslosenbill an und ertheilte dabei den sogenannten „Arbeitervertretern“ **Maddison** und **Hibbin**, die sich von der Regierung zur Bekämpfung dieser Arbeiterforderung gebrauchen ließen, einen deutlichen Verweis. Von dem „Arbeitsminister“ **John Burns**, dessen große Rührigkeit für die kapitalistische Regierung sich gerade in solchen Fällen am deutlichsten offenbart, schwieg Shadleton.

In der Frage der internationalen **Arbeitslosenfrage** stellte sich der Präsident genau auf den sozialistischen Standpunkt der Arbeiterpartei und beklagte dabei in freundlichen Worten, daß die Ringos in diesem Falle den Beistand „einiger bekannten und vertrauenswerten, aber irregulierten Freunde der sozialistischen Bewegung“ hatten. Seine Ausführungen sind auf Grund einer telegraphischen Meldung hier bereits wiedergegeben worden.

Von Wichtigkeit ist noch, daß die Eröffnungsrede die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz über Arbeiterschaftsgesetzgebung nach dem Muster der vom deutschen Kaiser im Jahre 1891 einberufenen antwortete, jedoch soll diesmal die englische Regierung die Initiative ergreifen. Shadleton scheint den Einfluß, den jene Konferenz auf die Sozialgesetzgebung verschiedener Staaten wirklich ausgeübt hat, stark zu überschätzen. Von prinzipiellen Bedenken ganz abgesehen, haben solche offiziellen Veranstaltungen den großen Nachteil, daß sie gar keine Garantie dafür bieten, daß wirklich dazu berufene Personen in den dort ver-

Handwritten notes and small advertisements in the left margin, including names like 'M.', 'Samste', 'kur!', 'Hansen', 'Bettredern'.